



BRÜSSEL 4, den

03-03-1986

An den Herrn Finanzminister

Wetstraat
Rue de la Loi 12

N 16.190.16.280/II/P/D
AR/MTV

1000 BRÜSSEL

Betrifft : Fremdenverkehrskomplex der Wesertalsperre in Eupen.

Sehr geehrter Herr Minister,

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle hat während ihrer Sitzung vom 28. November 1985 zwei gegen die Gesellschaft TELECOO, welche die Anlagen des Fremdenverkehrskomplexes an der Wedertalsperre in Eupen bewirtschaftet, eingereichte Klagen behandelt.

Diese Klagen bezogen sich u.a. auf eine beinahe ausschliesslich französische Abfassung der Mitteilungen an die Öffentlichkeit (Schilder, Preislisten, usw.) und auf die Tatsache, dass das überwiegend französischsprachige und übrigens in Wallonien angeworbene Personal nicht imstande ist, einer Privatperson, die sich dieser Sprache bedienen würde, in deutscher Sprache zu antworten.

Die S.K.S.K. stellt fest, dass man in diesem Fall nicht von einer durch die öffentliche Hand erteilten Konzession sprechen kann, da der Zusammenhang zwischen der Verwaltung der Talsperre und der Tätigkeit des Talsperrenkomplexes sehr lose ist, ja selbst inexistent ist. Ebensowenig gibt es einen durch die öffentliche Hand an das Unternehmen im allgemeinen Interesse anvertrauten Auftrag, was die Uebertragung einer zu den Pflichten dieser öffentlichen Behörde gehörenden Aufgabe einschliessen würde.

../..

Die Kommission ist demzufolge der Auffassung, dass die koordinierten Sprachgesetze nicht auf die G.m.b.H. TELECOO, die den Fremdenverkehrskomplex bewirtschaftet, anwendbar sind und die Klage als zulässig aber nicht als begründet angesehen wird.

Gemäss der in ähnlichen Situationen angenommenen Verhaltensweise fordert die Kommission Sie jedoch dazu auf im Vertrag eine Klausel einzuführen, die den Konzessionsinhaber dazu verpflichtet seine Tätigkeiten so zu regeln, dass die Öffentlichkeit stets in der bzw. den Sprache (n) des Ortes in dem sie ausgeübt werden, in diesem Fall die deutsche und die französische Sprache, bedient werden kann.

Eine Abschrift des vorliegenden Gutachtens wird dem Klageführer übermittelt.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER VORSITZENDE

J. FLEERACKERS